



Natur, Bildung und Soziales,  
Bürger informieren Bürger e.V.

[www.nabis.de](http://www.nabis.de)

# Nabis – Rundbrief

..... März 2006

Hallo!

## Erinnert ihr Euch noch?

Verein Nabis? Wir sind noch da! Wir treffen uns regelmäßig mittwochs, 14 tägig und bei Bedarf. Der Nabis-Rundbrief spiegelt einen Teil der Themen wieder, mit den wir uns in der letzten Zeit beschäftigt haben.

- **Was tun!? Stand der Dinge** und zukünftige **Aktionen** des Vereins Nabis, Bürger informieren Bürger e.V.
- Wird das AWO-Häuschen verkauft?.....S.4
- Pressemitteilung der PDS zum Skandal um **Esch-Oppenheim**..... S.5
- NABU: **Deutsche Eiche ist so krank wie nie zuvor**.....S.6
- **10 weitere Ökologische Nachrichten:** Wasser bald kostbarer als Gold, Gen- Maissorten zugelassen u.v.m.
- 20 Jahre nach Tschernobyl-.....S.7
- **Interessante Termine**.....S.8
- **Vogelgrippe.** Zum ungerechtfertigten Verbot der Freilandhaltung von Geflügel.....S.9
- **Piep.PiiieP --- Im Krieg gegen die Vogelgrippe, frisch kopiert aus den USA. ---Geschäfte mit der Angst: Tamiflu und Rumsfeld verdient...- Keins dieser Viren wurde je gesehen-**
- **Abteilung Flugblätter:**.....S.12
- **Thema:** Steuergelder werden von der Bank der super-Reichen (Sal. Oppenheim) abkassiert! OB Schramma hilft dabei! **Nabis Veranstaltung zum Thema Esch-Oppenheim am 5. April**
- **Thema: Treffpunkte und Gemeindehaus** Die Menschen brauchen offene Treffpunkte, um sich zu beraten und zu wehren gegen die Zumutungen der Politik! .....S.14
- **Thema: Abbau des Rechtsstaates als Maßnahme, um sich gegen islamischen Terror zu verteidigen?** S.15
- **- Bericht :** des **Europarat-Sonderermittlers** Dick Marty über Rechtsbrüche der USA in Europa.....S.15
- **Thema:** Was kann der Mensch tun in Zeiten des „Kriegs gegen des Terrorismus“? Ein Vorschlag.....S.16
- **Thema:** Atomkrieg gegen den Iran mit Deutscher Hilfe? .....S.17
- Was ist eigentlich die Bolkestein **Diensleistungsrichtlinie?**.....S.18
- **Beitritterklärung** zum Verein Nabis.....S.19

## Was tun?

Gern würden wir den Nabis Rundbrief auch als **Papier Version** für Interessierte Naturfreunde anbieten. Dafür bräuchten wir allerdings etwas mehr Geld, sozusagen Startkapital, um die ersten Ausgaben in kleiner Auflage in der Region Kölner Süden zu verbreiten. Es wäre einfach einen Versuch wert. Und es ist heute auch notwendiger denn je, sich über gesellschaftliche, wirtschaftliche und medizinische Dinge u.s.w. unabhängig und selbständig zu informieren, um nicht beim Abend-Fernseh-Programm gleich Opfer der nächsten Medien-Kampagne zu werden. Ob es sich um die Anschläge vom 11.9 in den USA handelte, oder um den Irak-Krieg und die angeblichen Massenvernichtungswaffen Saddams, oder um die Vogelgrippe oder der Iran –Konflikt, oder ob es der Esch-Oppenheim Skandal ist, oder die ständige Einflußnahme von neo-liberalen Beratern auf Politik und Gesellschaft: über manche Themen wird gar nicht oder zu wenig berichtet. Über andere wiederum in einer absurd überdrehten und hysterischen Weise. Und egal, welches Thema wir uns vornehmen, überall gibt es höchst interessante und merkwürdige Hintergründe, die meistens den öffentlichen Verlautbarungen widersprechen.

Ob in der Politik, in den Medien, in die Wissenschaften, überall ragen die Interessen der sogenannten „Privaten“ hinein. Die Konzerne investieren in Fernseh-Kanäle und Zeitungen Milliarden von Euros und Dollars nicht, um die Menschen zu informieren, sondern um Geld zu verdienen und Profite zu machen. „Informationen“ sind zu einer Ware geworden, die die Medien uns verkaufen wollen, um uns auf die kommenden Kriege gegen die Viren, auf dem kommenden angeblich unvermeidlichen Krieg gegen die Mullahs, gegen die Terroristen einzustellen. Um Akzeptanz für Ressourcen-Raub, Betrug, Rechtsbruch und Korruption zu schaffen. Denn unsere Meinung zu diesem und jenem ist ein Kapital, ein Rohstoff, aus dem Geld und Weltpolitik gemacht werden kann. Deswegen stellen sich die Konzerne Spezialisten, Psychologen und Psycho-Operators, Sprachforscher und Spin-Doktoren ein und versammeln sie in sog. „Think Tanks“. Das sind private Elite-Unis um herauszufinden, wie man den Bürger an den Hammelbeinen ziehen kann. Und wir wissen es nicht. Resultat ist, trotz „öffentlich rechtlich“: Die normalen bürgerlichen Massen - Medien manipulieren uns immer häufiger. Kampagnenhaft. Man muß schon wissen, wie man mit den Medien und den „Informationen“ umgeht. Man muß die Massen-Medien mittlerweile „lesen“ können. Man muß sich schon grundsätzlich und intensiv mit bestimmten Themen auseinandersetzen, wenn man wissen will, was heute auf der Welt oder im Stadtteil wirklich los ist. Eine Zeitung zu lesen oder mal eben die Nachrichten zu kucken reicht heutzutage nicht mehr aus. Wir wissen nicht wirklich, was im Irak so los ist! Wir wissen nicht wirklich, wie der Vogelgrippe Virus funktioniert. Wir wissen nicht wirklich, was die Regierung hinter den Kulissen mit dem Esch-Oppenheim – Fond plant. Der Mainstream produziert eine Einheitsmeinung zu all diesen Themen. Die Dinge falsch zu benennen, um eine künstliche Realität zu inszenieren, ist die eine der Hauptaufgaben dieser massen-medialen Kampagnen, die sich über uns ergießen. Die Meinungsvielfalt ist nur noch formal. Wirklich wichtige und ernsthafte Informationen muß man sich heute schon selber suchen und selbst erarbeiten. Doch wer hat heute, wo alle immer ärmer werden schon Zeit dazu? Und doch ist es notwendig. Eine echte tatsächliche Meinungsfreiheit und Rederecht sind die Grundvoraussetzung für Demokratie. Doch Redefreiheit für jeden müsste heute heißen, gleiche technische Chancen für alle und nicht nur für die Besitzer der Medien.

**„Die Dinge falsch zu benennen, heißt das Unglück der Welt zu vergrößern.“** (Albert Camus).

Der Nabis Rundbrief ist ein Versuch, unregelmäßig über solche Hintergründe zu informieren. Gern würde ich den Nabis Rundbrief auch als Papier -Version für Interessierte Naturfreunde anbieten. Ihr selbst könnt ja auch schon jetzt damit anfangen, indem ihr den Rundbrief oder einzelne Teile ausdruckt, kopiert und gegen Fotokopie-Kosten an Freunde oder Interessierte weitergebt, wie in einem Schneeballprinzip. Also Bürger informieren Bürger. Von nix kommt nix! Daher gebt den Rundbrief weiter, fotokopiert die Flugblätter und verteilt sie, spendet Zeit, Naturalien, Talente oder Geld für die Informations- und Bildungsarbeit. Helft mit, daß bestimmte Nachrichten nicht einfach verschwinden. Kommt zu den Veranstaltungen! Meldet uns, wenn irgendwo Bäume abgesägt werden. Schickt wichtige Nachrichten, interessante Artikel !! Werdet Mitglied bei Nabis! Telefon 0221/ 34 11 82. Spendenkonto: 85 23 32 6 bei Stadtparkasse Köln, BLZ\_ 370 501 98 Lest die alten Nabis Rundbriefe unter [www.nabis.de](http://www.nabis.de)

**Die öffentlichen Kassen sind leer** und die öffentlichen Hände müssen scheinbar sparen wie nie zuvor. Doch warum das so ist, wissen die meisten nicht! Wir haben die wenigen realen Informationen aus den Massen-Medien diesbezüglich vergessen! Oder erinnert ihr euch???? Zum Beispiel daran:.....

.....  
.....  
.....  
.....

## **„Unternehmenssteuern:**

### **Berlin plant Senkung um 20 Milliarden**

(Am 16.12. 1999 im Kölner Stadtanzeiger)

„Berlin. – Die Unternehmenssteuern sollen ab 2001 stärker sinken als geplant. Das verlautete gestern aus dem Bundesfinanzministerium. Zur Begründung hieß es, angesichts der günstigeren Konjunkturprognosen für das kommende Jahr sei auch der Spielraum für Steuersenkungen größer geworden.... Ursprünglich wollte die Bundesregierung ihr Modell bis zum 5. Januar unter Verschluss halten. Abgeordnete der Koalition sprachen von einer angestrebten Netto-Entlastung **zu Gunsten der Unternehmen** von bis zu 20 Milliarden Mark. Ursprünglich wollte Rot-Grün nur auf acht Milliarden **verzichten**.“

Das war leider kein Witz. Das war nur ein dezenter Hinweis des KstA auf die neo-liberale Politik der damaligen Rot-Grünen Regierung

Oder wußtet ihr das: Infolge der **Steuerreform vom Jahr 2001** hat der deutsche Staat den Konzernen Milliarden an Körperschaftsteuer zurückgezahlt. Weil man bei dieser Steuerreform die alten Schlupflöcher nicht abgedichtet hat. „So hat sich der Staat selbst verpflichtet, an die 36 Milliarden Euro –angeblich- Steuerguthaben an die Konzerne zurückzuzahlen...“ (aus: Asoziale Marktwirtschaft, Weiss und Schmiederer S. 80)

Damit nicht genug: die Freiräume, die die Politik den Konzernen auf Kosten der Allgemeinheit mit dieser Steuerreform von 2001 geschaffen hat, umfassen noch weitere Punkte: Die Geschäftsberichte der 30 größten Konzerne Deutschlands zeigen,

- „ sie dürfen selbst bei steuerfreien Erträgen noch Aufwendungen steuermindernd absetzen.“
- „ sie dürfen Verluste (z.B. durch Leerstand von Bürokomplexen ) unbegrenzt zum Verkleinern der Gewinne nutzen.“
- „Sie dürfen das wirtschaftliche Ergebnis in dauerhaft unversteuerte, sogenannte stille Reserven umschichten.“
- „Sie dürfen einen guten Teil der steuerlichen Bemessungsgrundlage in Steueroasen verschieben.“

„Und weil die Konzerne so viel dürfen, bleibt dem Fiskus kaum etwas übrig: Bei den DAX 30 Unternehmen geht gerade mal ein viertel des ökonomischen Gewinns als zu versteuernde Einkommen in die Steuererklärung ein.

Der große Rest –eben drei Viertel des ökonomischen Gewinns- verschwindet durch jenen Vorgang, den man schönfärberisch als Steuergestaltung beschreibt, in den Taschen der Aktionäre.“ (Weiß und Schmiederer, S. 81)

5 Jahre später haben die öffentlichen Kassen eigenartigerweise Probleme. Bei jeder Gelegenheit wird uns von den Politikern erklärt: „Die öffentlichen Kassen sind leer“. „Wir müssen sparen“. Soziale und kulturelle Einrichtungen, Bibliotheken und Jugendzentren müssen leider geschlossen werden...

Doch die gängige neo-liberale Erklärung für die leeren öffentlichen Kassen laufen darauf hinaus, daß angeblich der deutsche Wohlfahrtsstaat in seiner Leistungsgewährung zu freigiebig gewesen wäre. Arbeitslosigkeit und Armut könnte man kaum bekämpfen, weil die Menschen lieber in der sozialen Hängematten liegen würden. Man könne gegen den massenhaften Leistungsmissbrauch nichts machen. Außerdem hätte man einen demografischen Wandel zu verzeichnen; geringe Geburtenraten und immer mehr alte Menschen. Auch werden Globalisierungsprozesse und die deutsche Standortchwäche verantwortlich gemacht. Man müsse den Sozialstaat verschlanken. Und obwohl dieses populäre Erklärungs-Muster völlig unsinnig ist, sind uns die „Argumente“ wohlbekannt und werden in der Politik umgesetzt. Es ist die klassisch neo-liberale Erklärung, die durch die Medien ständig transportiert wird.

Doch die angespannte Haushaltslage der öffentlichen Kassen führt keineswegs dazu, daß die Politiker sparsam oder sachgerecht mit den wenigen noch vorhandenen Steuergeldern umgehen. Im Gegenteil, die Gelder werden weiter mit vollen Händen an der falschen Stelle aus dem Fenster geworfen.

- wie z.B. für den Bau der völlig überflüssigen **Nord-Süd-U-Bahn**, die, mit Steuergeldern bezahlt nur den langfristigen Stadtplanungen reicher Investoren dient. Die Baukosten lagen ursprünglich bei 500 Mio Euro. Nachdem man schon im letzten Jahr bei schlappe 700 Millionen Euro abgeplant war, berichtete nun der Kölner Stadtanzeiger am 17 Februar 2006: „Die U-Bahn wird 70 Millionen teurer als geplant. Die Gesamtkosten für die Nord-Süd-Stadtbahn haben inzwischen 780 Millionen Euro erreicht.“ Damit nicht genug: „Bezirksregierung und KVB können weitere Preissteigerungen nicht ausschließen.“ (90% der Gelder werden von Bund und Land übernommen.) Oder:

**- Ein besonders unverschämtes Beispiel für die grassierenden Abzocke von staatlichen Geldern durch Banken und Konzerne sind die Machenschaften der Oppenheim Bank in Köln. Immer wenn die Herrschaften der Bank Sal. Oppenheim, Europas größte Privatkasse, und die mit ihr verbundenen Esch-Immobilien-Fonds ihre privaten finanziellen Interessen anmelden, dann tritt der Oberbürgermeister der Stadt Köln, Schramma (CDU) in Aktion und hilft so großzügig weiter, daß einem fast die Spucke wegbleibt.** (Siehe auch Veranstaltungshinweis)

„Beim Bau verschiedener Großprojekte in Köln -der neuen Messehallen Nord, bei dem Umbau der alten Messehallen für den Fernsehsender RTL oder beim Bau der sog. „Colonaden“ in Ossendorf) - macht die superreiche Oppenheim Bank und das Geschäft ihres Lebens - zu Lasten der Kölner Bürgerinnen und Bürger.

Die Stadt Köln hängt mittlerweile drei Jahrzehnte lang in Zahlungsverpflichtungen, die sich auf sagenhafte 1,4 Milliarden Euro summieren - zu Gunsten der superreichen Sal. Oppenheim Esch -Bank, für Projekte die einfach fraglich sind. In Sachen Messehallen Nord ermittelt inzwischen die Staatsanwaltschaft gegen Oberbürgermeister Schramma wegen des Verdachts auf Veruntreuung öffentlicher Gelder. Allerdings schon seit Monaten und bisher ohne Ergebnis.“ Wen wundert’s? Berichtet in einem Flugblatt die „Bürgerinitiative gegen Esch-Oppenheim“.

Das ist alles kein Zufall mehr. Das hat System und zwar nicht nur in Köln. Währenddessen der Sozialstaat zu Gunsten der Konzerne immer deutlichere Konturen annimmt, planen die Kommunen den Verkauf von Strukturen der Daseinsvorsorge (Wasserrechte, Straßen, Schienen, Krankenhäuser) und von städtischem Eigentum, um die größten Finanzlöcher zu stopfen.

### **Wird das AWO Häuschen verkauft?**

Aktuelles Beispiel hierfür ist im Kölner Süden **das AWO Häuschen an der Kierberger Str. in Raderberg**, der Ort, wo sich unsere Verein gegründet hat und wir plötzlich keine Veranstaltungen mehr machen durften, weil wir angeblich 3 Tassen nicht gespült hatten. Die Heimleiterin der -fast ungenutzten und oft leerstehenden- Seniorenbegegnungsstätte, Christa Ohlendorf hat zwei Mitgliedern von Nabis gegenüber geäußert, daß die AWO wahrscheinlich bald (bis Juni 2006) aus dem Haus rausgeht. Auch die Chefin der AWO, Frau Volland hat in einem Gespräch mit uns -schon im Januar 2005- ähnliches geäußert. Frau Krey vom Liegenschaftsamt, der wir uns als potentielle Nachmieter vorgestellt haben, sagte vor kurzem, es könne auch sein, daß die Stadt Köln das Häuschen, das übrigens von der Nachbarschaft aufgebaut wurde, verkaufen will. Die AWO hat das Haus völlig runtergewirtschaftet und es über Jahre für die Bevölkerung total unattraktiv gemacht. Und nun, wo sich keiner mehr drum kümmert, will die Stadt Köln es verkaufen???

Das werden wir auf keinen Fall hinnehmen. Die AWO kann ja gehen. Es wäre sowieso besser für das Häuschen, weil die AWO eh jede sinnvolle Entwicklung hin zu einem Gemeindehaus in Raderberg behindert hat. Aber das Häuschen ist unverkäuflich und muß zukünftig als offener und unkommerzieller Treffpunkt für die Bevölkerung genutzt werden. In Zeiten, wo es der Bevölkerung immer schlechter geht, sind Bildungs- und Informations-Maßnahmen und Versammlungsmöglichkeiten unverzichtbar. Da muß sich der Bürger zu Wort melden und sich wehren!!! Wenn das konkret werden soll, braucht es dazu Räumlichkeiten und Treffpunkte. Also muß das Häuschen an der Kierberger Str. den Bürgern gehören.

Daher werden wir als Verein zwei sich ergänzende Kampagnen durchführen.

- 1.) Die Informierung der Öffentlichkeit über die Verschleuderung und Veruntreuung von öffentlichen Geldern in Köln am Beispiel des Esch-Oppenheim Fonds. Zu dem Zweck kooperieren wir neuerdings mit der „Bürgerinitiative gegen Oppenheim Esch“ und wir werden zusammen am Mittwoch, den 5. April die erste Veranstaltung dazu durchführen.
- 2.) Das zweite ist, wir werden einen Kampagne zum Thema öffentliche Räume machen. In fast allen Stadtteilen fehlt es an offenen Treffpunkten, wo sich die Bürger versammeln, beraten und informieren können. Besonders in Zeiten wo die Massen-Medien immer mehr verschleiern als informieren, mehr emotionalisieren als objektiv darstellen, ist das nötiger denn je.

Beispiel dafür ist die dubiose Massen-Medien-Kampagne zum Thema Vogelgrippe. Ein bisher nicht nachgewiesener Virus der bisher nur in Tieren auftaucht, der sich zukünftig noch mit einem menschlichen Influenza Virus vermählen muß, um dann eventuell auch noch Krankheits-auslösend zu sein, (kann auch sein daß er dann harmlos ist!) wird von den Medien so hochgespielt, als hätten wir bereits einen Katastrophen- Kriegsfall. Es wird der Weltuntergang im Konjunktiv gefeiert! Eine unheimliche Kampagne, die die Bundesregierung eins zu eins aus den USA übernommen hat. Aber lest unten weiter. Ich habe einen extra Anhang zur Vogelgrippe gemacht.

Währenddessen also die imaginäre Vogelgrippe auf allen Kanälen grassiert, werden von den gleichen Massen-Medien wichtige Infos überhaupt nicht adäquat berücksichtigt. Nein, es gibt keine Zensur in Deutschland, aber wichtige Themen werden nur am Rande und mißverständlich erwähnt, wie z.B. die Bolkestein Dienstleistungsrichtlinie der EU- Kommission, die auf ein europaweites Lohndumpungssystem hinausläuft. Hierzu habe ich auch einen Text eingefügt, weil es uns alle angeht, auch wenn wir darüber noch nie gehört haben.

Grüsse von Ottmar Lattorf

„Reicher Mann und armer Mann  
Standen da und sahen sich an.  
Und der arme sagte bleich:  
Wär ich nicht arm,  
wärest Du nicht reich.“

(Bertholt Brecht hätte am 10. Februar (1898) Geburtstag gehabt und wäre 108 Jahre alt geworden. Gestorben ist er am 14. August 1956.)

Pressemitteilung der PDS:

### **Der Verdacht bleibt: OB Schramma hat dem Oppenheim-Esch-Fonds die Lizenz zum Plündern öffentlicher Kassen ausgestellt**

Presseberichten vom 2.2.2006 ist zu entnehmen, dass der Untersuchungsbericht des Regierungspräsidenten Lindlar zum Bau der Messehallen den OB Schramma scheinbar entlastet.

Deutlich wird aus den veröffentlichten Zitaten, dass die zentrale Frage nicht geklärt ist:

Haben OB Schramma, Kämmerer Soénius und andere verantwortliche Politiker die teure Lösung durchgesetzt, um die Interessen der Investoren des Esch-Fonds und der Oppenheim-Bank zu bedienen und damit die Stadt Köln geschädigt?

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Linken, Claus Ludwig, sieht diesen Vorwurf durch den Bericht nicht entkräftet:

„Die CDU frohlockt zu früh: Im Prüfbericht wird laut Pressemeldungen lediglich festgestellt, dass nicht gegen das Vergaberecht verstoßen wurde und formal keine Ausschreibung nötig war. Das ist die Rechtsauffassung von RP Lindlar, die auf der Interpretation basiert, dass die Messe GmbH kein öffentlicher Auftraggeber ist. Gegenteilige Auffassungen wurden z.B. in den WDR-Berichten dargestellt.“

„Selbst der RP – von manchen ‚Schrammas Schutzengel‘ genannt – stellt jedoch fest, dass gegen die Gemeindeordnung verstoßen wurde, indem die Aufsichtsbehörde nicht informiert wurde und unnötige Eilentscheidungen getroffen wurden. Der RP kann den Unterlagen der Stadt nicht einmal entnehmen, ob die Verantwortlichen überhaupt die Wirtschaftlichkeit geprüft haben.“

„Der OB hat sich bis heute nicht dazu geäußert, ob er es für angemessen oder ‚vorzugswürdig‘ hält, dem Oppenheim-Esch-Fonds 7 Millionen für die Vermittlung eines Mieters zu bezahlen, der längst feststand. Er hat sich nicht zu den mehreren Dutzend Millionen Euro geäußert, die vom Fonds für Fantasie-Dienstleistungen verlangt werden.“

„Solange es nicht widerlegt ist, muss davon ausgegangen werden, dass allein die Messehallen Nord um mindestens 360 Millionen Euro teurer sind als nötig. Das wäre Untreue gegenüber dem städtischen Haushalt; das wäre Beihilfe zur Umverteilung öffentlicher Gelder auf die Konten reicher Privatpersonen. Wir werden uns für die vollständige Aufklärung der Affäre einsetzen und fordern, die Geschäfte mit dem Esch-Fonds einzustellen und die bestehenden Verträge zu kündigen oder von Seiten der Stadt zu korrigieren.“

Claus Ludwig, Ratsmitglied (0178-7249825)

Quelle: [www.pds-koeln.de](http://www.pds-koeln.de)

### **Auf der anderen Seite wird gespart:**

In der Haushaltsplanung des Landes NRW für 2006 sieht die CDU-FDP- Koalition für **Jugendhilfe** Gesamteinsparungen von 1,3 Mrd. € vor. Landesgesetzliche Leistungen sollen **um 20% gekürzt** werden. Zusätzlich landesfinanzierte Förderprogramme werden um 165 Mio. € in allen Förderbereichen verringert. (Quelle: <http://www.gruene-koeln.de/>)

**Oder** „Auch bei den Regionalisierungsmitteln – den **Bundesleistungen für den Schienenpersonennahverkehr** (SPNV) der Länder – plant die Bundesregierung, **weitreichende Kürzungen** vorzunehmen. Nach Beschluß des Kabinetts sollen die Regionalisierungsmittel bereits ab 2006 deutlich gekürzt werden – bis 2009 um **2,3 Milliarden Euro**. Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) erwartet, daß dadurch jeder fünfte Zug wegfällt. Besonders Züge »in Randlagen« (frühe und späte Züge) und an Wochenenden dürften die ersten Opfer sein. Vergünstigungen bei Schüler- und Behindertenfahrten sind bedroht.“ (Quelle: [www.jungewelt.de](http://www.jungewelt.de) am 23.02.2006)

Umwelt und Natur:

## NABU: **Deutsche Eiche ist so krank wie nie zuvor**

+ 25.01.2006 +

Der Naturschutzbund NABU hat die Bundesregierung angesichts des alarmierend schlechten Zustandes des deutschen Waldes zum zügigen Handeln aufgefordert.

„Bereits im vergangenen Jahr verzeichnete der Waldzustandsbericht die stärksten Baumschäden seit Beginn der Aufzeichnungen. In diesem Jahr zeigt sich das gleiche jämmerliche Bild mit einer weiteren dramatischen Verschlechterung bei der Eiche und teilweise bei der Kiefer“, warnte NABU-Präsident Olaf Tschimpke. Es könne nicht mehr hingenommen werden, dass die jeweilige Bundesregierung auf diese Entwicklung mit Aussitzen des Problems reagiere. „Schadensbilder in dieser Wiederholung und Häufigkeit machen die existentielle Bedrohung unseres Waldes deutlich“, so Tschimpke.

Der deutschen Eiche geht es so schlecht wie niemals zuvor. So lautet das Ergebnis des Waldzustandsberichtes 2005, der heute durch das Agrarministerium in Berlin vorgestellt wird. Insgesamt weisen immer noch fast ein Drittel aller Bäume in Deutschland (29 Prozent) schwere Schäden auf. Bei der Eiche, eine der wichtigsten Baumarten in deutschen Wäldern, zeichnet sich laut Bericht eine alarmierende Zunahme der Kronenverlichtung auf einen historischen Höchststand ab. Demnach sind die Hälfte der Bäume (51 Prozent) schwer geschädigt.

Aus Sicht des NABU ist es daher unverständlich, dass die dringend notwendige Novelle des Wald- und des Jagdgesetzes in der letzten Legislaturperiode nicht umgesetzt wurde. Nach den Erklärungen der jetzigen Bundesregierung sollen diese Gesetzesvorhaben im Falle des Jagdgesetzes gar nicht angegangen, im Falle des Waldgesetzes, auf die lange Bank geschoben werden. „Wenn die Bundesregierung nicht schnell die gesetzlichen Weichen in Richtung einer stabilisierenden Waldbehandlung stellt, werden sich die negativen Waldzustandsberichte in einigen Jahren mangels Wald von selbst erledigt haben“, so Tschimpke.

Neben Maßnahmen zu Luftreinhaltung und Klimaschutz fordere der NABU den Verzicht auf Kahlschläge und Pflanzenschutzmittel sowie den Schutz von Totholz. Ein modernes Jagdgesetz müsse dazu beitragen, die zu hohen Schalenwildbestände einzudämmen, damit die nachwachsenden Bäume nicht sofort wieder vom Wild verbissen werden.

Quelle: Naturschutzbund NABU 2006

Kommentar von Nabis:

## **Ökologische Notizen:**

### 1. Hohe Gewinne für Ölkonzerne

Der weltgrößte Ölkonzern Exxon-Mobil hat im dritten Quartal 2005 dank der explosionsartig gestiegenen Öl- und Energiepreise einen Rekordgewinn verbucht. Der Gewinn ist um 75 Prozent auf 9,9 Milliarden Dollar (8,2 Milliarden Euro) gesteigert worden,

[http://www.rhein-main.net/sixcms/list.php?page=fnp2\\_news\\_article&id=2576079](http://www.rhein-main.net/sixcms/list.php?page=fnp2_news_article&id=2576079)

### 2. Ölbohrungen in Alaska Biotop

Wer erneuerbare Energien und Energieeffizienz so vernachlässigt, wie die US-Regierung unter George W. Bush, muss an die letzten Öl-Reserven. Auf Kosten der Umwelt. So hat das US-Innenministerium jetzt in Alaska ein Biotop für Rentiere und Wildgänse für Bohrungen nach Gas und Öl frei gegeben.

<http://www.sonnenseite.com/index.php?pageID=6&news:oid=n4416>

### 3. Energie sparen, Klima schützen

Gemeinsam mit der Verbraucher Initiative hat die Klimaschutzkampagne "Klima sucht Schutz" eine neue Broschüre veröffentlicht, die Verbrauchern Informationen zum Energiesparen bietet. Eine Serviceseite enthält weiterführende Adressen und eine Übersicht der Beratungsangebote.

[http://anbieterwechsel.strom-magazin.de/news/news\\_weiter\\_lesen\\_15915.html](http://anbieterwechsel.strom-magazin.de/news/news_weiter_lesen_15915.html)

### 4. Bundesgerichtshof entscheidet zugunsten von LichtBlick

Der BGH hat beschlossen, dass der Netzbetreiber gegenüber dem Netznutzer die volle Darlegungs- und Beweislast hat und dass die Netzentgelte nach den Prinzipien einer möglichst preisgünstigen Stromversorgung gemäß dem Energiewirtschaftsgesetz kalkuliert werden müssen. <http://www.iwr.de/news.php?id=8142>

### 5. Wasser bald kostbarer als Gold

Neben Luft ist Wasser unser wichtigstes Lebensmittel. Doch heute haben wir Menschen mit dem Wasser etwas angestellt, was Jahrmillionen undenkbar war. Seen, Flüsse, Bäche, sogar Regenwasser sind so stark belastet, dass wir nur über hoch komplizierte Verfahren Wasser wieder trinkbar machen können.

<http://www.sonnenseite.com/index.php?pageID=17&article:oid=a4095>

## 6. Gen- Maissorten zugelassen

Das Bundessortenamt hat erstmals drei gentechnisch veränderte Maissorten der Linie MON 810 zugelassen. In der Europäischen Union war die Sortenlinie bereits zuvor ordnungsgemäß als Saatgut zugelassen worden. Das Ministerium lehnte eine Zulassung ab. Dagegen argumentierte die Kommission, die Sorte sei bereits zugelassen und müsse deswegen auch in Deutschland als Saatgut vertrieben werden dürfen. [http://www.greenpeace-magazin.de/magazin/tagesthemen/tt\\_list.php?p=42162&more=1](http://www.greenpeace-magazin.de/magazin/tagesthemen/tt_list.php?p=42162&more=1)

## 7. Drohender Klimawandel erstmals vor Gericht

Rechtsstreit zwischen dem Energieversorger RWE und der Umweltschutzorganisation Greenpeace. Ursprünglich ging es vor dem Landgericht Aachen um den von RWE geforderten Schadenersatz durch den Ausfall eines Braunkohlebaggers. Rund 50 Aktivisten hatten im Mai 2004 in Hambach für den Ausstieg aus der Braunkohle und den Ausbau Erneuerbarer Energien protestiert. In dem Verfahren soll nun auch die Verantwortung von RWE für den Klimaschutz und die dramatischen Folgen der Klimaerwärmung zur Sprache kommen. Nach Meinung von Greenpeace gehört der Energiekonzern RWE wegen seiner klimafeindlichen Energiepolitik auf die Anklagebank. [www.greenpeace.de](http://www.greenpeace.de)

## 8. Überhöhte Gaspreise nicht fällig

Die Amtsgerichte Delmenhorst (Az. 4A C 4001/06 IV, Beschluss vom 6.1.2006) und München (Az. 131 C 797/06, Beschluss vom 12.1.2006) haben in einstweiligen Verfügungen den Stadtwerken Delmenhorst bzw. München untersagt, Gasprotestkunden den Gashahn abzudrehen. Der Bund der Energieverbraucher hält die aktuellen Gas- und Strompreiserhöhungen für unbillig und ermutigt alle Verbraucher, von ihren gesetzlichen Rechten auf Zahlungsprotest Gebrauch zu machen. Bereits 500.000 Verbraucher verweigern derzeit mit Erfolg die Zahlung der Gaspreiserhöhungen. Aktuelle Haushaltsgaspreise: <http://www.energieverbraucher.de/seite1586.html>

Musterschreiben zur Zahlungsverweigerung: <http://www.energieverbraucher.de/seite1703.html> Aktuelle

Gerichtsurteile: <http://www.energieverbraucher.de/seite1711.html>

Weitere Info:

[http://www.energieverbraucher.de/index.php?pre\\_cat\\_open=2&id=600&subid=1700&content\\_news\\_detail=4828&back\\_cont\\_id=4044](http://www.energieverbraucher.de/index.php?pre_cat_open=2&id=600&subid=1700&content_news_detail=4828&back_cont_id=4044)

## 9. Klimawandel ohne Ausweg?

Milliardenschäden durch Taifune in Ostasien, bislang unvorstellbare Verwüstungen durch mehrere Hurrikans in den USA, die Hitzewelle des letzten Frühsommers, Dürre bedingte Ernteauffälle, ausgetrocknete Wasserläufe und schmelzende Alpengletscher zeigen: Umweltschäden gefährden die Natur, bedrohen die Menschen und provozieren Wirtschaftsschäden. Die Ursachen sind die Erwärmung der Ökosphäre durch das Verbrennen von Kohle, Gas und Öl und deren Emissionen. Die Folgen stehen in keiner Energierechnung, aber wir alle müssen sie bezahlen. <http://www.sonnenseite.com/index.php?pageID=17&article:oid=a4363>

## 10. 20 Jahre nach Tschernobyl - Erfahrungen und Lehren für die Zukunft

**Einladung** zum Internationalen Kongress vom 3. bis 5. April 2006 in der Berliner Charité

Vor 20 Jahren explodierte das Kernkraftwerk Tschernobyl. Die Katastrophe traf Millionen von Menschen unvorbereitet. Der Versuch, die Katastrophe einfach geheimzuhalten, verhinderte wichtige Massnahmen, die zum Schutz der Bevölkerung hätten getroffen werden können. Wichtige Daten über den Unfallablauf und über die Strahlenschäden wurden nicht dokumentiert, geheimgehalten oder frei erfunden.

Bis heute werden die Folgen nicht vollständig erfasst und dargestellt. Wichtige internationale Gremien unterwerfen sich der Praxis der Verschleierung. 1991 kam das «Tschernobylprojekt» unter der Leitung der Internationalen Atomenergieagentur (IAEA) in Wien zu dem Ergebnis, es gäbe keine Gesundheitsstörungen, die direkt der Strahlenbelastung zugeordnet werden könnten. Das Wissenschaftliche Komitee der Vereinten Nationen für die Wirkung der Atomstrahlung (UNSCEAR) erklärte im Jahre 2000, ausser dem Schilddrüsenkrebs bei Kindern gäbe es keinen Nachweis einer Zunahme von Krebserkrankungen, der zur Strahlenbelastung in Beziehung gesetzt werden könnte. Und seit 2003 arbeiten die Organisationen der Vereinten Nationen (UN) im sogenannten «Tschernobylforum» an der Formulierung von beschwichtigenden Sprachregelungen. Der Manager des Strahlenprogramms der Weltgesundheitsorganisation (WHO), Dr. M. Repacholi, erklärte im September 2005 in Wien: «Die Hauptbotschaft des Tschernobylforums ist: kein Grund zur Beunruhigung.»

Es gibt jedoch eine große Anzahl von Ärzten und Wissenschaftlern aus den betroffenen Ländern Ukraine, Weißrussland und Russland sowie aus den weiter von Tschernobyl entfernten europäischen Ländern, die zu ganz anderen Ergebnissen gekommen sind. Ziel einer vom 3. bis 5. April in der Berliner Charité stattfindenden Tagung ist es deshalb, ihre Erkenntnisse darzustellen und für ihre Verbreitung zu sorgen. Veranstalter sind die deutsche Gesellschaft für Strahlenschutz e.V. und das European Committee on Radiation Risk (ECRR), mit Unterstützung der deutschen Sektion der IPPNW und des Fachinformationsdienstes Strahlentelex. Mit der

Tagung ist die Hoffnung verbunden, den betroffenen Menschen wirksamer helfen zu können und die wahrheitsgemäße Erfassung ihrer Beschwerden sicherzustellen.  
Fragestellungen

Gesundheitliche Auswirkungen in der Ukraine, Weissrussland und Russland: Wie haben sich die Daten für Erkrankungen, zum Beispiel der Schilddrüse, Brustkrebs, Leukämie, Augenkrankheiten, teratogene Schäden, und für den Gesundheitszustand der Bevölkerung insgesamt verändert?

Gesundheitliche Folgen in Europa: Über die beobachteten gesundheitlichen Auswirkungen des Unfalls in anderen europäischen Staaten soll berichtet und ein zusammenfassender Überblick gewonnen werden.

Technische Fragen: Gibt es neue Erkenntnisse zur Ursache der Katastrophe? Ist der teure Bau eines Sarkophags II erforderlich? Haben wir etwas für den Katastrophenschutz gelernt? Sind wir gegen Atomkatastrophen ausreichend versichert? Können Kernkraftwerke vor Terror und Krieg geschützt werden? Reicht die übliche Umgebungsüberwachung für Kernkraftwerke aus?

Strukturelle Hintergründe, internationale Informationspolitik und internationale Programme zur Beseitigung der Folgen: Können wir uns auf internationale Gremien wie die ICRP, WHO, EURATOM, UNSCEAR und IAEA verlassen?

Siehe auch: <http://www.chernobyl.info/> und: [www.zeit-fragen.ch](http://www.zeit-fragen.ch)

## Termine,

die interessant sein könnten,  
oder interessant waren:

- **Dienstag**, 7. März 2006, Vortrag von Rechtsanwalt H. Schultze „Lohnabhängige Arbeit, Menschenwürde und persönliche Entfaltung.“ Ort VHS Studienhaus am Neumarkt Josef-Haubrich-Hof 2

- **Sonntag**, den 9. bis Mittwoch, den 12. März 2006 Internationale Konferenz 20 Jahre Tschernobyl – Erfahrungen und Lehren für die Zukunft in Montforthaus, Feldkirch, Voralberg, Österreich  
Kongress-Program und Kontakt, siehe: [www.zeit-fragen.ch](http://www.zeit-fragen.ch)

- **Freitag**, 17. März 2006, 19.30 Uhr Ort VHS Studienhaus am Neumarkt

Das Mississippi Delta - Ein Landschaft und ihre Musik oder: Was zum Teufel machte Robert Johnson um Mitternacht an der Kreuzung? Dia-Vortrag mit Musikbeispielen. Der Kölner Konzertagent Rolf Schubert nimmt Sie mit auf eine Reise entlang des Mississippis, von Memphis zum Golf von Mexiko. Er plaudert über Blues und Essen und Rock 'n Roll und die Geschichte der Schwarzen in den Südstaaten der USA. Dazu zeigt er Dias und spielt Musik vom Band. Josef-Haubrich-Hof 2 Raum 504 Eintritt: 8 Euro (Abendkasse)

Information und Anmeldung: Tel.: 0221 / 221-26522 E-Mail: [jutta.brinkmann@stadt-koeln.de](mailto:jutta.brinkmann@stadt-koeln.de)

- **Samstag**, 18. März 2006:

**Feier** anlässlich des 25 jähriges Bestehens der Porzer Selbsthilfe (PSH), Ensener Weg 64-68 Porz-Ensen, Straßen-Bahn Nr.7, Haltestelle Ensen-Kloster,

- **Sonntag**, 19. März 2006: **Folk Session** Cafe präsentiert: M.Olbrich und Peter Ladalla und Co Liedermacher. Beginn 19.00 Uhr, Ort Naturfreundehaus Köln Kalk, Kapellenstr. 9a

**Lesen** in der Galerie Arbeiterfotografie, Merheimer Str. 107, 50733 Köln

**Sonntag, 2.4. 17.00 Uhr** Die Journalistin und Autorin Gabriele Gillen liest aus ihrer Streitschrift 'Hartz IV - eine Abrechnung'

**So 2.4. 18.30 Uhr** Die Feministin, Autorin und emeritierte Professorin für Soziologie Maria Mies trägt vor aus ihrem Buch 'Krieg ohne Grenzen' und darüberhinaus Betrachtungen zu Patriarchat und Krieg

**So 2.4. 20.00 Uhr** Die Schriftstellerin Eva Weissweiler liest aus 'Tussy Marx - Das Drama der Vattertochter', Biografie über die jüngste Tochter von Karl Marx

Eintritt zu den Vorträgen und Lesungen: einzel 5/2,50 Euro. ALG II-EmpfängerInnen je 1 Euro (weitere

Weitere Infos:[www.arbeiterfotografie.com/veranstaltungen-chronologisch.html](http://www.arbeiterfotografie.com/veranstaltungen-chronologisch.html)

- **Montag**, den 3. bis Mittwoch den 5. April 2006 in der Berliner Charité 20 Jahre nach Tschernobyl - Erfahrungen und Lehren für die Zukunft **Einladung** zum Internationalen Kongress vom

- **Mittwoch**, 5. April 2006, **Veranstaltung** zum Thema **Esch-Oppenheim**

- **Dienstag**, den 11. April 2006: Patientenrecht bei ärztlichen Aufklärungs- und Behandlungsfehlern.

**Vortrag** von Rechtsanwalt **Christian Lattorf**, 16 Uhr, bei der AOK Domstr. 49-53

---

taz vom 22.2.2006, S. 3, 284 Z. « Datum: 22. Februar 2006 um 17:39 »

Tote Vögel im Spätwinter sind vollkommen normal in Deutschland. "Trotz der Vogelgrippe ist die Sterblichkeit der Vögel auf Rügen bisher nicht höher als in anderen Jahren", sagt Wolfgang Fiedler vom Max-Planck Institut für Ornithologie der taz. Die allermeisten Vögel sterben an Auszehrung, Futtermangel und der Kälte. Auf Rügen stirbt jedes Jahr allein die Hälfte der 1.200 Jungschwäne wegen der Witterung.

### Die Vogelgrippe – eine Medienkampagne

## Zum ungerechtfertigten Verbot der Freilandhaltung von Geflügel

- 1.) **Piep, piep, piiiep** von Kurt W. Zimmermann aus: Weltwoche Nr. 43 vom 27. 10. 2005, wiederveröffentlicht: Zeit-Fragen Nr.43 vom 31.10.2005
- 2.) **USA: Im Krieg gegen die Grippe** aus: <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/21/21270/1.html>, Florian Rötzer veröffentlichte am 03. November 2005
- 3.) **Wer macht das Geschäft mit Tamiflu?** "Spiegel online", 01.11.2005
- 4.) **Keines dieser Viren wurde jemals gesehen.** Aus: [http://www.initiative.cc/Artikel/2005\\_11\\_03%20Vogelgrippe.htm](http://www.initiative.cc/Artikel/2005_11_03%20Vogelgrippe.htm)

### Piep, piep, piiiep

von Kurt W. Zimmermann

aus: Zeit-Fragen Nr.43 vom 31.10.2005

Erst wenn sich das letzte Schweizer Huhn totgelacht hat, werdet ihr sehen, dass Horrormeldungen ansteckender sind als BSE, Sars und H5N1.

Natürlich ist es auch unsere Aufgabe, die Bevölkerung vor der Vogelgrippe zu warnen. Höre also, Bevölkerung, sei gewarnt, die Vogelgrippe wird fürchterlich wüten, vorausgesetzt, das Virus mutiert zu einem Virus, das von Mensch zu Mensch übertragbar ist, vorausgesetzt, das mutierte Virus findet dann den Weg von Bangkok nach Bümpliz, und wiederum vorausgesetzt, in Bümpliz haben sie den Schlüssel zum «Tamiflu»-Pflichtlager verhöhnt.

Gut, die Bevölkerung ist damit gewarnt, und wir können uns der grundsätzlichen Frage zuwenden. Worin unterscheidet sich die Vogelgrippe in den Medien von Listerien, von Ebola, von Rinderwahnsinn und Sars?

Die Vogelgrippe ist publizistisch etwas schwieriger umzusetzen als ihre vier Vorgänger Listerien, Ebola, Rinderwahnsinn und Sars. Bei Listerien, Ebola, Rinderwahnsinn und Sars, die alle vier die Erdbevölkerung ebenfalls ausgerottet haben, griff jeweils die bewährte mediale Zangenbewegung. Man konnte die Bevölkerung, erstens, zünftig in Todesschrecken versetzen. Und man konnte dann, zweitens, der verschreckten Bevölkerung erklären, wie man dem Tod durch Listerien, Ebola, Rinderwahnsinn und Sars entgeht. Man konnte zum Beispiel davor warnen, Vacherin und Beefsteak Tatar zu verdrücken oder nach Hongkong und Kenia zu fliegen.

Bei der Vogelgrippe ist es komplexer. Man kann zwar auch diesmal die Bevölkerung in Schrecken versetzen. Aber man kann die Bevölkerung nicht darüber aufklären, wie sie der Vogelgrippe entgeht. Nicht nach Vietnam oder Korea zu fliegen hilft nichts, weil man sich dort gar keine Vogelgrippe holen kann. Keine Mistkratzerli mehr zu füttern hilft auch nichts, weil man sich dabei auch keine Vogelgrippe holen kann.

Aufmerksamen Lesern ist nicht entgangen, dass nun in den Zeitungen ein zwingendes Panikelement fehlt. Es fehlt in den Artikeln das übliche Kästchen mit dem Titel: «So schützen Sie sich vor der Vogelgrippe». Das Dumme für die Medienindustrie ist, dass es die Vogelgrippe als Bedrohung der Menschheit bisher nicht gibt. Es gibt sie nicht, und darum kann man sich nicht vor ihr schützen. Die Vogelgrippe ist der Weltuntergang im Konjunktiv. Dass es der Medienindustrie dennoch gelungen ist, den nicht existierenden Vogelgrippe-Mutanten zum Killervirus hochzustemmen, ist darum eine schöne Leistung. Sie konnte nur gelingen, weil das redaktionelle Machtgefüge tadellos funktionierte.....

Quelle: Weltwoche Nr. 43 vom 27. 10. 2005

### Im Krieg gegen die Grippe

aus: <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/21/21270/1.html>

## Florian Rötzer veröffentlichte am 03. November 2005

Der Schutz vor der Vogelgrippe wird von der Bush-Regierung wie der Krieg gegen den Terror propagiert. Seltsam, dass die möglicherweise drohende Grippe-Epidemie hierzulande nicht so ausgeschlachtet wird, wie dies die Bush-Regierung gerade macht. Sind die Politiker nur vernünftiger, verstehen sie die Risiken nicht oder ist gar Europa weniger angstanfällig als die USA? Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit oder für Arbeit, der bei uns gefochten wird, hat viele Feindbilder, aber kein konkretes. Zudem kommt die Bedrohung nicht unbedingt von draußen. Islamistische Terroristen und Influenza-Viren hingegen sind besser als äußere Feinde darstellbar, die ins Land eindringen und Gefahren mit sich bringen. US-Präsident Bush will sicherlich nach den Hurricane-Desastern mit einer milliarden schweren Kampagne jeder möglichen Kritik an Nachlässigkeit zuvorkommen, aber der Kampf gegen die noch schlafende Influenza-Gefahr wird rhetorisch ähnlich aufgerüstet wie der Krieg gegen den Terror.....

Noch ist kein Fall wirklich belegt, in dem die asiatische Vogelgrippe von Mensch zu Mensch übertragen worden ist, doch US-Präsident Bush stellte am 1. 11. 2005 schon mal seine "National Strategy for Pandemic Influenza" vor. Bislang sind nur Menschen mit dem H5N1-Erreger infiziert worden, die eng mit Geflügel zusammen leben. Solange der Erreger nicht mutiert und zu einem menschlichen Grippevirus wird, ist die Gefahr, die von H5N1 ausgeht, gering. Und auch dann, ....mutiert, ...., so ist keineswegs gesagt, dass jetzt ebenso viele oder auch sehr viel mehr Menschen daran sterben würden. Sowohl die Wahrscheinlichkeit einer für den Menschen gefährlichen Mutation als auch das Ausmaß einer möglichen Epidemie sind hoch spekulativ. Ansteckend ist bislang vor allem die Angst. Für die Politik- und für die Medien - ist es daher eine schwer zu verantwortende Entscheidung, ob sie mit ihren Verlautbarungen die Risiken abwiegelt oder die Panik schürt.

Die Bush-Regierung setzt wohl auch aufgrund ihrer schweren Krise auf eine laute, sieben Milliarden Dollar schwere Kampagne, auf eine "Nationale Strategie gegen die Influenza-Pandemie". 4,7 Milliarden will man investieren, um Impfstoffe zu schaffen und vorrätig zu halten, für 1,4 Milliarden sollen Medikamente wie Tamiflu gekauft werden, die einen gewissen Schutz bieten sollen (wodurch u.a. Verteidigungsminister Rumsfeld bereits in Gerede kam, weil er Aktien von Gilead Sciences, wo er bis 2001 Aufsichtsratsvorsitzender war, [extern] besitzt. Die Firma hält die Rechte an Tamiflu) sowie 650 Millionen für Kontrolle und Vorbereitung. Eine schnell eingerichtete Website [siehe: <http://www.pandemicflu.gov/>] Pandemic Flu demonstriert die Entschlossenheit der Bush-Regierung, gegen den neuen Feind anzutreten, der einer (biologischen) Massenvernichtungswaffe gleicht, vor der man die Menschen schon so lange und insbesondere nach den Anthrax-Briefen 2001 gewarnt hat.

Ähnlich wie beim Terror schickt sich die Regierung an, ... nun die Vögel und das heimtückische Virus zu bekämpfen.

Bush erinnerte daran, dass es zwar noch keine Gefahr gebe, aber dass die USA schon mehrere Male heimgesucht worden sei. 1918 sei eine halbe Million Menschen an der Grippe-Epidemie gestorben, ein Drittel der US-Bürger sei infiziert gewesen, die Lebenserwartung sei um 13 Jahre zurück gegangen. ...

Bush weist zwar in seiner Rede darauf hin, dass bislang noch keine Gefahr besteht und es auch nur mehr oder weniger wahrscheinlich ist, dass es eine Gefahr geben könnte, aber er betont, dass er die Bürger seines Landes davor mit einem umfassenden Programm schützen müsse. Erster Teil des Programms ist sozusagen die präemptive Variante des Kriegs gegen den Terror. Damit die Grippe nicht in die USA kommt, muss sie im gefährlichen Ausland schnell erkannt und präventiv eingedämmt werden. Mit einer "globalen Initiative" werden man dafür sorgen, dass im Ausland das Aufkommen einer Grippe-Epidemie scharf überwacht und bekämpft wird. Jede Nation muss sich gegen diesen Feind wappnen. Wer dies nicht macht, stellt eine globale Gefährdung, eine Art failed state wie Afghanistan, den Irak oder nun Syrien oder Iran dar, der Feinde (Terroristen) beherbergt und präventiv angegriffen werden kann.

Der zweite Schritt ist, genügend Schutzmittel an der Heimatfront zu besitzen, um die US-Bürger vor einer über die Grenzen hereinbrechenden Gefahr von gefährlichen Erregern zu bewahren. Davor aber steht der Ausbau der Überwachung. Was der Patriot Act für den Terrorismus ist, ist die National Bio-surveillance Initiative, die eine permanente "situational awareness" garantiert, für die potenzielle Epidemie. Und ähnlich wie man bei der Terrorabwehr auf neue Technologien setzt, soll diese Art der Wirtschaftsförderung, die Europa noch nicht so wirklich entdeckt hat, auch beim Krieg gegen den Virus helfen.

Der dritte Schritt ist schließlich, alle Behörden und Menschen darauf vorzubereiten, beim Ausbruch einer Epidemie das Richtige zu machen: "Be prepared". Dazu muss an die Wahrscheinlichkeit des Risikos erinnert werden, also auch daran, dass die Nation in Gefahr schwebt oder sich im Kriegszustand befindet..

### **Das Geschäft mit "Tamiflu"**

"Zu den Gewinnern gehört auch US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld", berichtete am 01.11.2005 "Spiegel online". Rumsfelds Vermögen habe sich einem Bericht des US-Magazins "Fortune" zufolge in den

vergangenen sechs Monaten um eine Million Dollar erhöht. Der Pentagon-Chef habe demnach maßgeblich von seiner Aktien-Beteiligung am Biotech-Unternehmen Gilead Science profitiert. In den Laboratorien des an der US-Technologiebörse Nasdaq notierten Unternehmens sei das Grippemittel Tamiflu entwickelt worden. Mittlerweile habe der Schweizer Pharmakonzern Roche den Vertrieb übernommen. Gilead kassiert Lizenzgebühren. "Das Tamiflu-Geschäft entwickelt sich glänzend, seit weltweit die Angst vor der Vogelgrippe grassiert. In den vergangenen drei Monaten steigerte Gilead seine Lizenzerlöse gegenüber dem Vorjahr um satte 70 Prozent auf 26,2 Millionen Dollar. Allein Tamiflu erzielte dabei einen Wert von 12,1 Millionen Dollar", schreibt "Spiegel online" weiter. Im dritten Quartal 2004 hätten die Einnahmen mit dem Medikament noch bei mageren 1,7 Millionen Dollar gelegen. Die Beziehung zwischen dem US-Verteidigungsminister und dem Biotech-Unternehmen beschränke sich nicht auf Anteilsscheine. "Bevor Rumsfeld 2001 Verteidigungsminister im Bush-Kabinett wurde, saß er vier Jahre als Chairman dem Gilead-Board vor. Dass politische Schwergewichte in der Chefetage von Gilead sitzen, hat dabei fast schon Tradition. George P. Shultz, von 1982 bis 1998 Außenminister der USA, sitzt ebenfalls im Board", heißt es in dem Bericht weiter. Rumsfeld jedenfalls wisse um einen möglichen Interessenkonflikt. Laut einem Pentagon-Memorandum will er sich nicht an Entscheidungen beteiligen, die mit vorbeugenden Maßnahmen gegen die Vogelgrippe und mit Gilead zu tun haben. An seinem Aktienpaket indes halte er fest.

## **Keines dieser Viren wurde jemals gesehen.**

Aus: [http://www.initiative.cc/Artikel/2005\\_11\\_03%20Vogelgrippe.htm](http://www.initiative.cc/Artikel/2005_11_03%20Vogelgrippe.htm)

Die Aktionen um die drohende Vogelgrippe werden immer lauter. Doch kaum jemand stellt die Frage nach dem wissenschaftlichen Nachweis der Grippeviren und des Vogelgrippevirus H5N1. Es wäre nach heutigem Stand der Wissenschaft in zwei bis drei Stunden gemacht: Isolation, Fotos des isolierten Virus und biologische Beschreibung der Bestandteile.

Auf einer öffentlichen Veranstaltung in Murrhardt am 9. Juli 2002 bestätigten vom Landesgesundheitsamt Prof. Dr. Kimmig und Dr. Pfaff, zuständig für Schutzimpfungen und Impfempfehlungen, daß keines der nach IfSG §2, Nr. 1, 3 und 9 behaupteten Viren jemals direkt nachgewiesen war! Gleiches kann man von Dr. med. Pierre-Alain Raeber, Abteilungsleiter der Abteilung für übertragbare Krankheiten am Bundesamt für Gesundheit in Bern/Schweiz, hören. Bis heute konnte dies nicht nachgeholt werden. Wenn also keines dieser Viren jemals gesehen wurde, wie soll daraus ein neuer gefährliches Virus mutieren? Es kann nur ein Phantom der Angst entstehen.

Die Pharmaindustrie schafft es damit wieder, ihre Umsätze ins astronomische zu schrauben, während die weitere Wirtschaft krankt. Und die Bevölkerung läßt sich weiter Angst einjagen, denn die wissenschaftliche Frage nach dem Virus stellt man ja nicht, denn es könnte unanständig sein, auch wenn das Gesetz es fordert. Glauben und Gehorsam sind besser! ....

Doch da ist noch dieses Medikament und deren Nebenwirkungen: Tamiflu, es ist ein Mittel der Chemotherapie mit allen seinen Risiken. Interessant sind die Nebenwirkungen, denn sie gleichen den Symptomen der sogenannten tödlichen Vogelgrippe sehr genau.

Die Pharmaindustrie hat den perfekten Kreislauf geschaffen und wir glauben besser daran und schlucken fleißig, statt als mündiger Bürger nachzufragen. Die Demokratie ist leider am Ende bei solch einer Unmündigkeit. Dabei gibt das Impfschutzgesetz die klare Vorgabe des IST eines Virus. Doch wo ist es nur? Es wird schon jahrelang gesucht. Hat es vielleicht jemand gesehen? Olaf Fiebrandt, Wannweil

**Steuergelder werden von der Bank der super-Reichen (Sal. Oppenheim) abkassiert! OB Schramma hilft dabei!**

Einladung  
zur Versammlung und Vorführung des Dokumentar-Films „Das Milliarden  
Monopoly“ über die realen Verhältnisse in Köln  
am Mittwoch, den 05. April 06

**Ort:** Gaststätte Alteburg, auf der Alteburger Str.139, nahe Dom Brauerei

**„Die öffentlichen Kassen sind leer“. „Wir müssen sparen“. So wird uns bei jeder Gelegenheit von Politikern erklärt. Soziale und kulturelle Einrichtungen werden finanziell ausgetrocknet. Alle sollen den Gürtel enger schnallen. Doch wenn es um teure Großprojekte in dieser Stadt geht, dann sieht die Sache ganz anders aus. Insbesondere, wenn die Bank Sal. Oppenheim, Europas größte Privatkasse, und die mit ihr verbundenen Esch-Immobilien-Fonds ihre Interessen anmelden. Dann tritt Oberbürgermeister Schramma (CDU) in Aktion.**

Beim Bau verschiedener Großprojekte in Köln -der neuen Messehallen Nord, bei dem Umbau der alten Messehallen für den Fernsehsender RTL oder beim Bau der sog. „Colonaden“ in Ossendorf ) - macht die superreiche Oppenheim Bank und Co nach Recherchen des WDRs offenbar das Geschäft ihres Lebens - zu Lasten der Kölner Bürgerinnen und Bürger. Investor der neuen Messehallen Nord und anderer Bauvorhaben ist immer die Oppenheim-Esch Gruppe, vermittelt durch die Stadtparkasse Köln-Bonn und abgesegnet durch den Stadtrat. Am Ende steht: Die Oppenheim Bank erhält Mietzahlungen über 30 Jahre in Höhe von insgesamt 750 Millionen € - garantiert durch die Messe oder, wenn diese nicht zahlen kann, durch die Stadt. Eine Ausschreibung des Projekts wurde umgangen. Nach unabhängigen Berechnungen hätte die Stadt die Messehallen um 360 Millionen € billiger haben können. Wenn überhaupt. Und dies ist nur ein Beispiel! Und der nächste Deal steht kurz vor dem Abschluss.

Die Stadt Köln hängt mittlerweile drei Jahrzehnte lang in Zahlungsverpflichtungen, die sich auf sagenhafte 1,4 Milliarden Euro summieren - zu Gunsten der superreichen Sal. Oppenheim Esch –Bank für Projekte die einfach fraglich sind. In Sachen Messehallen Nord ermittelt inzwischen die Staatsanwaltschaft gegen Oberbürgermeister Schramma wegen des Verdachts auf Veruntreuung öffentlicher Gelder. Allerdings schon seit Monaten und bisher ohne Ergebnis. Wen wundert's? In einem institutionellen Umfeld von Korruption und Bereicherungswirtschaft, in einer formalen Demokratie, die nur noch für die Banken funktioniert und einem Parlament, das nur noch Ohren für die Klagen der Reichen hat, ist keine Platz mehr für die Bedürfnisse des normalen Menschen. Da muß sich der Bürger zu Wort melden und sich wehren!!!.

**Schramma muß zurücktreten!** Die sittenwidrigen Verträge müssen aufgehoben werden!

Wir, Kölner Bürgerinnen und Bürger wollen nicht länger zusehen, wie einige reiche Großinvestoren diese Stadt plündern während für dringende öffentliche Aufgaben im Interesse der Bevölkerung die Mittel fehlen.

**Wo:** Wir versammeln uns und beraten uns am 8 März 2006 um 19.30 Uhr

**Ort:** Gaststätte Alteburg, auf der Alteburger Str.139, nahe Dom Brauerei

Informieren auch Sie sich ! Kommen Sie zur Informations - Veranstaltung! Geben sie das Flugblatt weiter!

Verantwortlich: für Nabis e.V.Ottmar Lattorf, Mannsfelder Str. 17, 50968 Köln

Flugblatt Rückseite:



# Natur, Bildung und Soziales, Bürger informieren Bürger e.V.

[www.nabis.de](http://www.nabis.de)

.....Februar/März 2006

**Glaubt nicht! – Lest!!**

## **Nächste Themen:**

- 1.) die Abzocke durch den Oppenheim – Esch Fond in Köln, WDR-Filmbeitrag
- 2.) das Fehlen von unkommerziellen Treffpunkten in einzelnen Stadtteilen,
- 3.) die Gefahren des Atom- Kriegs gegen den Iran. Über die mediale Einstimmung und tatsächlichen Hintergründe des Irak / Iran Krieges und die Rolle der Deutschen Regierung

**Wann: Mittwoch, 5. April, 19.30 Uhr Wo: In der Gaststätte Altenburg,  
Altenburger Straße Nr. 139, Köln Süd, nahe Dom Brauerei**

Dies ist ein Flugblatt vom Verein „NaBiS“e.V.

Nabis steht für **Natur, Bildung und Soziales. Nabis, Bürger informieren Bürger e.V.**“

Wir setzen uns für die Erhaltung von **Natur** in der Stadt Köln ein. Die Natur hat aus der Weltsicht vieler Menschen keinen Eigenwert, sondern hat nur die Funktion einer beliebigen Ressource, die man nutzen oder auch zerstören kann. Insbesondere haben wir uns für die Erhaltung der etwa 7,5 ha großen „**Raderberger Brache**“ im Kölner Süden eingesetzt. Genauso gut setzen wir uns aber auch für jeden Baum und jeden Strauch ein der unnötigerweise im Stadtgebiet von Köln oder anderswo gefällt werden soll. Wir wissen das die Naturzerstörung die wir in der Stadt Köln beobachten weltweit stattfinden. Weltweit wird die Natur rücksichtslos ausgebeutet und zerstört, obwohl wir alle von der Natur leben.

Verbessern kann man die Lage nur durch **Bildung in öffentlich zugänglichen Einrichtungen**. Und da der Mensch ein **soziales** Wesen ist, organisieren wir Veranstaltungen, z.B. Vorträge, Filmabende, Diskussionsrunden oder Partys zu denen jeder eingeladen ist. Momentan treffen wir uns 2-mal im Monat mittwochs einmal privat und einmal öffentlich. Die öffentlichen Veranstaltungen finden in der „Altenburg“ auf der Altenburger Str. in der Kölner Südstadt statt. Nächstes Treff dort: 5. April 2006, 19.30 Uhr

Die Konzerne und die mediale Megamaschinen investieren Milliarden, um die Menschen zu verdummen oder um sie auf die kommenden Kriege einzustellen. Redefreiheit für jeden müsste heißen, gleiche technische Chancen für alle und nicht nur für die Besitzer der Medien. Daher spendet Zeit, Naturalien, Talente oder Geld für den Aufbau von unabhängigen Flugblättern. Helft mit, daß bestimmte Nachrichten nicht einfach verschwinden. Kommt zu den Treffen! Werdet Mitglied bei Nabis! Telefon 0221/ 34 11 82. Spendenkonto: 85 23 32 6 bei Stadtparkasse Köln, BLZ\_ 370 501 98 Lest den Nabis Rundbrief unter [www.nabis.de](http://www.nabis.de)

Verantwortlich: Ottmar Lattorf, Mannsfelder Str. 17, 50968 Köln



# Natur, Bildung und Soziales, Bürger informieren Bürger e.V.

[www.nabis.de](http://www.nabis.de)

..... Februar 2006

## Die Menschen brauchen offene Treffpunkte, um sich zu beraten und zu wehren gegen die Zumutungen der Politik!

Öffentliche Plätze sind mit Autos zugestellt

Unsere einzige kulturelle Tätigkeit kann sich nicht in Fernsehen erschöpfen.

### **Die Jugend steht auf der Straße.**

Ohne eigenständige Treffpunkte. Ohne Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung. Ohne vernünftige Ausbildungen, ohne gut bezahlte Arbeiten, ohne geistige Inspirationen, ohne rosige Zukunft. Die Jugendlichen werden nur aufs Konsumieren vorbereitet. Die Perspektiven für die Jugendlichen sind heute schlechter als jemals zuvor. Und warum ist das so?

Die Lebenssituation der meisten Menschen ist in den letzten Jahren immer schlechter geworden!

Grund ist eine **Politik die die Reichen ständig bevorzugt**, z.B. durch die sog. „Globalisierung“ oder durch die letzte „Steuerreform“ der rot grünen Bundesregierung aus dem Jahr 2001, die den Konzernen etwa 20-30 Milliarden Steuerersparnisse gebracht hat.

Grund ist auch, daß die Bevölkerung nicht organisiert ist. Wir sind der Entwicklung zum Kommando-Staat ausgeliefert!

Trotz „leerer öffentlicher Kassen“ verprassen die „gewählten“ Politiker die wenigen Steuergelder auch noch. Wie z.B. in Köln. Hier wird für fast eine Milliarde Euro eine völlig überflüssige U-Bahn gebaut. Damit nicht genug: Nebenher verschafft unser Oberstadtdirektor Schramma (CDU) der Oppenheim Bank, -der Bank der SuperReichen- ungeahnte Verdienstmöglichkeiten **auf Kosten der Allgemeinheit**: Technisches Rathaus, Köln Arena, Colonaden, neue Messehallen -alles völlig überflüssige und finanziell gesehen, abenteuerliche Projekte, die den Finanzhaushalt der Stadt Köln auf Jahre hin ramponieren. Der Fall liegt bereits bei der Staatsanwaltschaft!

**Auf Bundesebene sieht die Politik genauso undemokratisch aus**: der Euro wird eingeführt und das Volk wird nicht gefragt, eine neue dubiose EU-weite Verfassung sollte eingeführt werden und wieder: kein Mensch wird in Deutschland gefragt.

Darüber hinaus geht die Sorge um, daß **die US-Regierung sich zu einem faschistischen Regime entwickelt**. Sie führen einen **völkerrechtswidrigen Angriffskrieg** nach dem anderen, sie eröffnen Konzentrationslager in Guantanamo, sie entführen im Ausland verdächtige Personen, fliegen sie durch Europa, lassen sie im Ostblock oder in 3. Welt Staaten foltern, hören im eigenen Land ohne Genehmigung Leute ab, wollen demnächst den Iran angreifen und Angela Merkel und W. Schäuble finden alles in Ordnung?!

Wo soll das bitte schön hinführen???

**Wir werden von der Politik für dumm verkauft! Und wir werden von den Massen-Medien verschleißert!**

Doch **wo** treffen sich die Menschen, die sich für die Interessen der Bürger und die Interessen der Allgemeinheit einsetzen?

Es fehlt in fast allen Stadtteilen an unkommerzielle Treffpunkte, um sich über diese bedenklichen Entwicklungen zu beraten und zu informieren! **Jede Demokratie und jede zivile Gesellschaft** braucht ein -die Menschen verbindendes- Gemeinschaftsgefühl. Das kommt aber nicht über's Fernseh'n! **Ohne Treffpunkte, ohne Räumlichkeiten in denen sich die Menschen treffen und beraten können, sind wir dieser arrogante und gefährliche Politik ausgeliefert.**

## **Abbau des RechtsStaat als Maßnahme, um sich gegen islamischen Terror zu verteidigen?**

Bericht des **Europarat-Sonderermittlers** Dick Marty über Rechtsbrüche der USA in Europa .

Quelle: Deutschlandfunk vom 24. Jan. 2006

„...Fakt ist: Der Sonderermittler Dick Marty hat **im Auftrag des Europarates** Hinweise und Fakten über Rechtsbrüche der USA in Europa zusammengetragen und daraus einen vorläufigen Bericht destilliert, **der den im Kampf gegen den Terrorismus eingeschlagenen Weg (der europäischen Regierungen) in einem zweifelhaften Licht erscheinen lässt.** Mehr als einhundert Menschen sind danach vom US-amerikanischen Geheimdienst CIA in Europa gefangengenommen, über hiesige Flughäfen abtransportiert und in Folterzentren ausserhalb unseres Kontinentes abgeliefert worden: in Ägypten, Jordanien und Syrien. Und zwar unter **Verstoss gegen jede in Europa geltende Rechtsnorm.** Die Vereinigten Staaten, so das Urteil des besonnenen Staatsanwaltes, haben ein System des «Outsourcing» (Auslagerung) von Folter betrieben.

Und dann kommt es für die Europäer in diesem Bericht knüppeldick. Deren Regierungen müssen von diesen Verschleppungen gewusst haben, so Martys Schlussfolgerungen. Sie haben sich der Kumpanei schuldig gemacht, die meisten durch Wegschauen, manche sogar durch Beihilfe. Allesamt versuchen sie seit Monaten, dem Sonderermittler des Europarates Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Angeforderte Informationen werden verweigert, es wird verschwiegen, verzögert und vertagt.

Der Grund für diese Koalition der Aufklärungsunwilligen dürfte auf der

Hand liegen: Die europäischen Regierungen haben Dreck am Stecken. Im Verborgenen haben sie -Washington gewähren lassen, den einen oder anderen Hand- und Spanndienst geleistet in der Hoffnung, doch irgendwie vom rechtswidrigen Vorgehen profitieren zu können.

Öffentlich hingegen wurde Kritik geübt: Kritik an Folterungen in irakischen Gefängnissen, Kritik am rechtsfreien Raum namens Guantanamo. Das machte sich in der Öffentlichkeit immer ganz gut. Spätestens seit heute ist dieses Verhalten aber als Heuchelei enttarnt. Und weil noch mehr ans Tageslicht zu geraten droht, darf man davon ausgehen, dass die Ermittlungen des Europarates auch weiterhin aus Gründen der paneuropäischen Staatsraison unterlaufen werden.

Denn im Raum steht nach wie vor der Verdacht, die CIA habe in Europa eigene Kerker betrieben, auch dies wohl kaum ohne Wissen der gastgebenden Regierung. Gespannt darf man sein, was Dick Marty auch ohne Unterstützung der Regierungen herausfinden wird. Und darauf, ob das ausreicht, die dringend notwendige Debatte auszulösen. Die Debatte darüber nämlich, **ob sich ein Rechtsstaat gegen den islamistischen Terror verteidigen lässt, indem man ihn opfert.“**

Quellen: Deutschlandfunk vom 24.01.2006

Siehe auch Webseite des Europarates: [www.coe.int](http://www.coe.int)

Was kann der Mensch tun in Zeiten des

# „Kriegs gegen des Terrorismus“

## Ein Vorschlag

Die systematische Missachtung und Verletzung des Völkerrechts, der Un-Menschenrechtscharta, der Genfer Konventionen sowie die sukzessive Einschränkung der bürgerlichen Freiheitsrechte durch **die US-Israelisch-Europäische Angriffskriegs-Allianz bringt die gesamte Menschheit in Gefahr**. Unter Mitwisserschaft und Duldung auch unserer europäischen Regierungen wurde das internationale Folterverbot ausgehöhlt und umgangen. Unverhohlen wird **ein atomarer Krieg vorbereitet**, um damit geopolitische und ökonomische Interessen durchzusetzen. Wir bräuchten Scharen von Sonderberichterstatern, reihenweise Untersuchungsausschüsse, Kriegsverbrechertribunale, investigative Journalisten, um nur einen Teil der Verbrechen und Rechtsbrüche aufzuklären, die heute im Namen des «War on terrorism» weltweit begangen werden.

Doch stattdessen präsentieren die Konzerngesteuerten Massen-Medien das iranische Mullah-Regime als Bedrohung für die Welt dar. In militärischer Hinsicht stellt der Iran allerdings keine Gefahr für den Westen dar. Schon bedrohlicher ist für die internationale Hochfinanz die wenig bekannte Tatsache, dass der Iran - ähnlich wie der Irak vor drei Jahren - **seine Rohstoffverkäufe in Euro anstatt in Dollar abwickeln möchte**, was eine schwerwiegende Infragestellung des Dollar-Recycling-Systems bedeuten würde. Es macht den Anschein, als ob das internationale Ausbeutungssystem durch eine globale Militärdiktatur sichergestellt werden soll, der ein künstlicher Anstrich von Demokratie verliehen wird.

Obwohl die westlichen Massen-Medien immer nur das als **Terror** bezeichnen was der dämonisierte Feind macht, stellte Professor Noam Chomsky anlässlich des Amnesty-International-Jahresvortrags am 18. Januar in Dublin fest, **dass die international anerkannte Definition des Terrorismus grundsätzlich auch auf die Politik der USA und ihrer Verbündeten zutrifft**. Noam Chomsky und auch Naomi Klein haben in letzter Zeit darauf hingewiesen, dass die rechtswidrigen Praktiken der US-Regierung und des CIA **keineswegs neu seien**. In sozialpsychologischer Hinsicht macht es dennoch einen bedeutenden Unterschied, wenn

nun die geld- und machtgierigen elitären Cliques in der Politik dazu übergehen, ihre verbrecherischen Praktiken für notwendig, präventiv, legal usw. zu erklären. Damit soll offenbar ein weiterer moralischer und rechtlicher Damm niedergerissen werden. Bisher hatten sogar die blutigsten Diktaturen stets versucht, ihre menschenverachtenden Praktiken zu kaschieren und zu leugnen.

Der neuen Strategie, die in Orwellscher Manier Unrecht zu Recht und falsch für wahr erklären will, muss auf allen Ebenen - rechtlich, direktdemokratisch und sozialpsychologisch - entgegengetreten werden. **Die Prinzipien des Rechts gelten universal, sie haben ihre Begründung in der menschlichen Natur**. Wer Verbrechen begeht, bleibt ein Verbrecher, auch wenn er seine Verbrechen unter Ausnutzung einer Machtposition als notwendig, präventiv, legal usw. erklärt. Das Recht hat eine anthropologische Dimension, die durch Macht nicht weggebrochen werden kann. Deshalb ist es in sozialpsychologischer Hinsicht äusserst wichtig, Verbrechen zu benennen und die Rückkehr zum Recht einzufordern. Die Geschichte aller Diktaturen zeigt, dass sich das Gewissen der Menschen nicht auf Dauer einschläfern lässt.

Bis ein internationaler Rechtszustand wiederhergestellt ist, brauchen wir als Bürger übrigens nicht untätig zu sein. Wenn sich die elitären Machtcliques von jeder Verantwortung für das Gemeinwesen abkoppeln und die Staaten zu Ausverkaufshallen für profitbesessene Konzerne werden, müssen Sozialsystem, Versorgung, Bildung, Gesundheitswesen usw. **von unten her neu organisiert werden**. In vielen Entwicklungsländern ist dieser Gedanke selbstverständlich. Nur durch persönliche menschliche Initiativen, Austausch und gegenseitige Hilfe kann das soziale Netz erneuert werden, das mutwillig von der Politik und den Konzernen zerstört wird. Die Instrumente der direkten Demokratie und des regionalen Zusammenschlusses bieten dafür ein geeignetes Modell.

Vielleicht können wir dann eines Tages sagen: «Stell dir vor, es gibt eine Machtclique, aber keiner braucht sie.»

Quelle: Zeit-Fragen Nr.5 vom 30.1.2006, zu finden unter: [www.zeit-fragen.ch](http://www.zeit-fragen.ch)

Siehe aus folgende Webseiten:

# Atomkrieg gegen den Iran mit Deutscher Hilfe?

Sind die USA gerade dabei, einen zweiten präemptiven (vorbeugend, auf Verdacht) Krieg gegen ein Land loszutreten, das uns nicht angegriffen hat, und der zum Ziel hat, dieses Land seiner Massenvernichtungswaffen zu berauben, die es nicht hat?

Im Gegensatz zu Israel, Pakistan und Indien, die heimlich Atomwaffen gebaut haben, hat der Iran den Atombombensperrvertrag unterzeichnet. **Alles was der Iran bisher gemacht hat**, spielt sich völlig legal im Rahmen des Atombombensperrvertrags ab. Insofern sind die Anmahnungen von Merkel und Rumsfeld auf der „NATO – Sicherheitskonferenz“ an die Adresse Irans völlige Anmaßungen, die nur so ausgesprochen werden können, weil die Massen-Medien selber Kriegshetze und US-Propaganda verbreiten. Es ist das Recht Teherans durch die Beherrschung der Kernenergie Atomkraftwerke zur Stromerzeugung zu bauen, anstatt dafür seine Öl und Gasvorräte aufzubrauchen, durch deren Export es harte Währung verdienen kann. Klar könnte der Iran durch diese Fachkompetenz innerhalb einiger Monate den Wunsch äußern, auch zur Atommacht zu werden. Dann würde es aber immer noch 3 bis 10 Jahre dauern bis waffenfähige Atombomben hergestellt werden könnten. Aber einen solchen Wunsch kann man durchaus nachvollziehen. Denn der Iran hat Sicherheitsprobleme sowohl mit den USA, die um den Iran herum militärische Stützpunkte haben und den Iran de facto bedrohen.

Außerdem hat der Iran Sicherheitsprobleme mit Israel, dessen Atomwaffen für den Iran eine Bedrohung darstellen. Das gleiche gilt für die pakistanischen Atomwaffen. Das ist der Kern dieses Konflikts.

In den westlichen Massen-Medien wird immer so berichtet, als hätten die iranischen Mullahs alle Kompromissangebote des Westens in den Wind geschlagen. Aber die Kompromissangebote des Westens sind selbst Teil des Problems, denn diese haben die Besorgnis des Irans nie berücksichtigt. Dem Iran wurde zum Beispiel vorgeschlagen, daß französische und englische Atomwaffen den Iran nicht bedrohen würden, aber der Iran fühlt sich von diesen Waffensystemen nicht bedroht, sondern von den israelischen und den US-amerikanischen. Die Massen-Medien haben darüber nur so entstellt berichtet, daß der Eindruck entstand, der Westen hätte dem Iran alles angeboten und der Iran sei unvernünftig und hätte alles abgelehnt.

Mit der Dämonisierung des Weltislamismus, dessen Zentrum neuerdings Teheran ist, sind die Massen-Medien wieder integraler Bestandteil der US-Kriegsmaschinerie. Theatermäßig inszenieren sie den „aufgeklärte Westen“ der sich tödlich von einem Atomforschungsprogramm bedroht fühlt, währenddessen die Selbstverständlichkeit mit der die USA „ihr Recht“ auf den nuklearen Erstschatz beanspruchen, völlig ignoriert wird. Ein aufgebrochenes Siegel an iranischen Atomforschungsanlagen scheint bedrohlicher zu sein als das nukleare Overkillpotential der realen Atommächte. Die USA die die Atombombe bereits eingesetzt haben und sich an keine Gesetze halten, ein Land nach dem anderen überfallen, die weltweit lügen, morden und foltern, erklären einen Staat zum Sicherheitsrisiko der weit entfernt ist, ihr Gewaltmonopol auch nur in Frage zu stellen. Und Angela Merkel pustet ins Horn der US-Lügenbarone. Friedenspolitik würde bedeuten

- 1.) die Sicherheitsinteressen des Iran ernst zu nehmen und
- 2.) sich für einen atomwaffenfreien Nahen Osten einzusetzen, d.h. auch das Atombomben –Arsenal Israels zu verschrotten, sowie
- 3.) Die permanenten Kriegsverbrechen der USA im Irak anzumahnen.
- 4.) Den Abzug der USA aus den Irak zu fordern und
- 5.) Regierung der USA vor ein internationales Kriegsverbrecher-Tribunal stellen.

Es gibt keinen Weg zum Frieden, Angela! Der Friede ist der Weg! (frei nach Mahatma Gandhi)

Zur Informierung:

## Was ist die Bolkensteinrichtlinie

Die Richtlinie vom Januar 2004, nach dem mittlerweile ausgeschiedenen EU-Kommissar Frits Bolkestein benannt, zielt auf die Deregulierung sämtlicher Dienstleistungen, die immerhin 70 Prozent der wirtschaftlichen und sozialen Tätigkeiten in der EU ausmachen. Die EU erklärt alle Dienstleistungen, die nicht direkt und kostenfrei durch den Staat gegeben werden, zur „unternehmerischen Tätigkeit“, die den Gesetzen des freien Marktes unterworfen werden müßten.

In der Richtlinie eigens aufgeführt werden Berufssparten wie Unternehmensberatung, Zertifizierungs-, Prüfungs- oder Wartungstätigkeiten, Werbung, Personalagenturen, Arbeitsvermittlungen, Buchhaltung -alle, die irgend etwas reinigen, warten, prüfen, vermitteln oder sichern: Sicherheitsdienste, Nachtwächter, Makler, Pförtner. Betroffen sind Handel, Werbung, Tourismusbranche, Gastronomie- und Hotelgewerbe, Fremdenführer, Freizeit- und Sportzentren, ebenso wie Gesundheitsdienstleistungen: private Kliniken und Pflegedienste. Nebenbei soll das Monopol für Lotterien und Glücksspiele fallen; wenn sie privatisiert sind, fallen auch diese „Dienstleistungen“ unter die Richtlinie. Unter die Richtlinie fallen alle „reglementierten Berufe“. Das sind zum einen die akademischen Berufe, die ein Staatsexamen verlangen: Ärzte, Apotheker, Anwälte, Architekten, nicht beamtete Lehrer sowie sämtliche diplomierten Berufe. Zum anderen betrifft es das gesamte Handwerk vom Fleischermeister bis zum Baugewerbe.

Also: Die Post, die Zollbeamten, die Steuerbeamten und die Akademiker werden so zu „Unternehmern“ erklärt, die im freien Wettbewerb um Kosten und Nebenkosten mit Konkurrenten aus der gesamten übrigen EU stehen sollen. Ihre Tätigkeit kann dann auch von anderen erledigt werden, die gar nicht die Qualifikation dafür vorweisen müssen. Der gesamte Bereich der Krankenpflege und der Sozialdienste würde ebenfalls zum Tummelplatz von Fremdfirmen, die Pflege- und Versorgungsdienste könnten sogar von privaten Reinigungsfirmen gleich „kostengünstig“ miterledigt werden, wie es ja heute schon Zeitungskioske mit den Postdiensten machen. Im Bolkestein-System würden Millionen europäische Beschäftigte im heutigen Dienstleistungsbereich ihren Arbeitsplatz räumen müssen.

Jeglicher Schutz, jeder Zuschuß, den der eigene Staat diesen bisherigen Berufen und Tätigkeiten gewährt, gehört Bolkesteins Ansicht nach abgeschafft, denn er hindere den freien Wettbewerb und sei „unfair“ gegenüber den besagten Konkurrenten aus anderen Teilen der EU. Mit dem Herkunftsland-Prinzip soll der jeweils niedrigste Kostenstandard innerhalb der EU den Maßstab zur Bewertung der „Wettbewerbsfähigkeit“ setzen, und höhere Standards für Arbeitszeiten, Entlohnung, Sicherheits- und Gesundheitsstandards müssen dem europaweit niedrigeren weichen. Öffentliche Dienstleistungen, bisher jedem Bürger frei zugänglich, würden mit der Richtlinie an die Zahlungsfähigkeit des künftigen „Kunden“ gebunden.

Aus: Neue Solidarität vom 25.1.2006

150 Jahre tot : Heinrich Heine:

Das Glück ist eine leichte Dirne,

Und weilt nicht gern am selben Ort;

Sie streicht das Haar dir von der Stirne

Und küßt dich rasch und flattert fort.

Frau Unglück hat im Gegenteile

Dich liebefest ans Herz gedrückt;

Sie sagt, sie habe keine Eile,

Setzt sich zu dir ans Bett und strickt.

## Beitrittserklärung<sup>1</sup>

Zum gemeinnützigen Verein  
**NaBiS** – Natur, Bildung und Soziales,  
Bürger informieren Bürger e. V.

Sitz: Kierberger Str. 2, 50969 Köln,  
Telefon: 0221/ 38 64 00 oder 0221/ 34 11 82

Ich werde Mitglied.  
(Mindestbeitrag 2 Euro /pro Monat)

Name: \_\_\_\_\_ -  
\_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

Straße, Haus  
Nr.: \_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

Postleitzahl, Wohnort,  
Stadtteil: \_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

Elektro – Post-Adresse:  
\_\_\_\_\_

Eintrittsdatum: \_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

Jährlicher Beitrag: \_\_\_\_\_  
(Mindestbeitrag: 20 Euro, **Normalbeitrag: 50 Euro**, Förderbeitrag: 70 Euro / pro Jahr)

\_\_\_ Bar gezahlt, am: \_\_\_\_\_

\_\_\_ Überwiesen auf das Vereins-  
Konto:  
85 23 32 6 bei Stadtparkasse  
Köln,  
Bankleitzahl: 370 501 98, am:  
\_\_\_\_\_

\_\_\_ Mit Einzugsermächtigung:  
\_\_\_\_\_

Siehe rechts!

Ort, Datum: \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

Ich will **Förderer** des gemeinnützigen  
Vereins  
NaBiS – Natur, Bildung und Soziales,  
Bürger informieren Bürger e. V.

\_\_\_ Einmalig  
\_\_\_ Regelmäßig

Mit einer Spende von  
\_\_\_\_\_ Euro  
auf das Vereins-Konto mit der Nr.

85 23 32 6 bei Stadtparkasse Köln,  
Bankleitzahl: 370 501 98

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

\*\*\*\*\*  
\*\*

### **Einzugsermächtigung... geht noch nicht**

Hiermit ermächtige ich die NABIS e.V.  
den genannten Jahresbeitrag/ die  
Spende jeweils jährlich /halbjährlich/  
vierteljährlich ( bitte nicht Zutreffendes  
streichen) bis auf Widerruf zu Lasten  
des genannten Kontos einzuziehen.

Bankverbindung:  
KontoNummer: \_\_\_\_\_  
Bankleitzahl: \_\_\_\_\_  
Bank: \_\_\_\_\_  
ab: (Datum) \_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

\_\_\_ Datum, Unterschrift

(Wenn Sie uns eine Einzugsermächtigung über  
ihren Betrag erteilen, sparen Sie Konto-  
Gebühren und wir Verwaltungskosten. Sie  
Können selbstverständlich jederzeit

<sup>1</sup> )bitte an Nabis e. V., c/o Ottmar Lattorf,  
Mannsfelder Str. 17, 50968 Köln schicken!

widerrufen. Alle Beiträge und Spenden sind steuerrechtlich voll absetzbar.)

Baum ab – nein Danke!

üü